

Vichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Vichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rubischappel und Trischheim.



Ercheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. —
 Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post
 bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-
 schäftsstelle. Emlische Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-
 träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg.,
 für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame-
 amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige
 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher
 Nr. 7. Drabantschrift: „Tageblatt“. Postbeholdung Leipzig 86 697.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Vichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
 Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Bl.

Nr 174

Mittwoch, den 27. Juli 1921

71. Jahrgang

Bekanntmachung.

Nachdem die Eingänge von Hazer den Erwartungen nicht entsprochen haben, ist der Bezirksverband nur noch in der Lage, die bis jetzt bezahlten noch unbefestigten Bezugscheine bis mit Ende Juni zu beliefern.

Weitere Bestellungen können nicht stattfinden. Der Bezirksverband wird jedoch bemüht sein, auch fernwärts noch Sachhalter herauszuschaffen. Bewerber wollen sich an die Futtermittellieferanten des Bezirksverbandes wenden.

— Nr. 64 Ju. —

Bezirksverband Glauchau, am 22. Juli 1921.

Kurze wichtige Nachrichten.

• Eine Verhandlung über die Kohlenablieferungen an Frankreich ist erfolgt. Einzelheiten darüber werden noch veröffentlicht werden.

• Der frühere preussische Staatsminister Dr. Max Bielecki ist gestern im 63. Lebensjahre gestorben.

• Die Berliner Polizei ermittelt zwei der Kraftwagenführer, die die Leiche der politischen Aktivistin nach der Wohnung des Obersten Freiberger gefahren haben. Ihre Auslieferung wird zur baldigen Verhaftung der Täter führen.

• Die oberösterreichischen Munitionsschlepperwerke in Astenwald haben infolge von Explosion mit der gesamten Fabrikanlage in die Luft. Ueber die Ursachen der Katastrophe schweben verschiedene Gerüchte umher. Einzelheiten lassen sich nicht angeben, weil alle in Betracht kommenden Personen unter dem Trümmerraum des Lob standen.

• Die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei wird in den unternannten Kreisen so gut als erledigt betrachtet. Es wehren sich die Fälle, daß sich auf der Polizei Individuen aus kommunistischen Kreisen melden, die sich bereit erklären, Verhaftung gegen Entgelt zu leisten.

• Der unabhängige Reichsstaatsabgeordnete Crispian wird am kommenden Sonntagabend anlässlich einer Saures-Gedenkreise nach Paris reisen und dort eine Rede halten, vorausgesetzt natürlich, daß er die Einreisegenehmigung erhält.

• In Allgäu sollen noch 1300 deutsche Krieger internieren, wie eine Meldung von einem dortigen Gefangenen an die Buerische Zeitung belagt. Das Los der in Arbeitskompanien zusammengepackten Unglücklichen ist trübsal.

Die amtliche Einberufung des Obersten Rates.

London, 26. Juli. Ruter meldet amtlich: Der Oberste Rat tritt am 4. August in Paris zusammen.

Weiter wird berichtet: Curzon und Balfour vertreten England auf der Konferenz. Lloyd George ist wahrscheinlich nicht zugegen.

Paris, 26. Juli. Wie der „Intransigent“ meldet, wird die Tagung des Obersten Rates außer der oberösterreichischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Die Reglementierung der zünftlichen Meerenge, die Sanktionen, die Frage der belgischen Prioritäten, sowie die damit in Zusammenhang stehenden Fragen, die Frage der Finanzierung Osterrheins und eine eventuelle Hilfsleistung gegen die russische Hungerkatastrophe und die Probleme des nahen Ostens.

Wohin eine völlige Einigung?

Paris, 26. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß nach gestern Abend aus London eingegangenen Nachrichten der französische Botschafter im Verlauf einer Unterhaltung mit dem britischen Außenminister im Namen seiner Regierung deren grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen habe zu der Berufung des Obersten Rates zum 4. August und zu der vorherigen Prüfung des oberösterreichischen Problems durch eine Sachverständigenkommission unter der Bedingung, daß die Regierungsoberhäupter sich zur seitzüglichsten Zeit versammeln, wie auch das Resultat der Arbeiten der Sachverständigen ausfallen mögen. Dagegen soll der britische Außenminister in aller Form seinen Widerspruch gegen die Entsendung von Vertretungen nach Oberösterreich aufrechterhalten haben; u. a. habe er versichert, daß diese Maßnahme die mit vieler Mühe im Abtimmungsgebiet wiederhergestellte Ruhe unterbrechen würde, daß sie außerdem einen entschieden deutschfeindlichen Stempel tragen würde, daß sie in Deutschland den Eindruck herbeiführen würde, daß die Entscheidung für Deutschland ungünstig ausfallen werde, daß schließlich Frankreich am Rhein genügend Truppen habe, um Deutschland zur Vernunft zu bringen, und daß Deutschland versuchen würde, sich der Durchführung des Schiedspruchs des Obersten Rates über Oberösterreich zu widersetzen. Da die vorherige Entsendung von Vertretungen bisher in Frankreich als unentbehrlich angesehen wurde, und zwar vor jeder Entscheidung, so bestehe nun noch über letzteren Punkt eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England.

Die Regierung ohne Mehrheit.

(S. 3.) Ueber Nacht ist die tschechische Regierung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten, die, wenn man sie unter dem Gesichtswinkel des parlamentarischen Systems betrachtet, unbedingt zum Rücktritt der Regierung führen müßte. Wie schon gemeldet, begannen am Montag die Beratungen des Sonderausschusses über die Grundsteuer und über die Gewerbesteuer. Nachdem es anfangs schien, als ob sich die Bürgerlichen und die Sozialisten zu einem Kompromiß zusammenfinden würden, kam es am Dienstag zur glatten Ablehnung sowohl der Grundsteuer- als auch der Gewerbesteuerentwürfe, und zwar dadurch, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gegen die Vorlagen stimmten und nur die Sozialdemokraten und die Unabhängigen der Regierung Gefolgschaft leisteten.

Es besteht fast gar keine Aussicht, daß sich die durch die Ablehnung im Ausschuss für die Regierung entstehende schwierige Situation bis zu der für Freitag angeetzten Plenarberatung des Landtags noch bessern könnte. Jedenfalls werden am Freitag im Landtage die Dinge sich so gestalten, daß bei der Abstimmung über die beiden Regierungsvorlagen die Kommunisten aus der Reihe der Regierungsparteien ausschwenken und die Regierung im Stich lassen. Es wird sich also dann nicht um eine Niederlage der Regierung handeln, wie sie schon sehr häufig im Landtage durch eine bürgerliche Zufallsmehrheit herbeigeführt wurde, sondern um eine Niederlage infolge einer erheblichen Verringerung der Regierungsbasis — ein Vorgang, der in einem parlamentarisch regierten Lande den Rücktritt der Regierung zur Folge haben müßte, wenn es sich nicht um eine ausgeprochene Minderregierung handelt.

Finanzminister Heldt hat wiederholt und auch noch kurz vor der Ablehnung in bündigster Form erklärt, daß die Regierung auf diese Steuern nicht verzichten könne. Die Schwierigkeiten, die sich für die Regierung aus der Ablehnung dieser beiden Steuern ergeben, werden sich bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1921 sehr stark geltend machen.

Die schwierige Lage, in die die Regierung durch die Ablehnung der beiden Steuervorlagen gerät, ergibt sich daraus, daß der Ertrag der beiden Steuern von der Regierung selbst auf rund 270 Millionen Mark veranschlagt worden war und daß der Ausfall dieser Summe selbstverständlich den Wirtschaftsplän der Regierung sehr erschüttert. Bisher war es die Aussicht auf die Erträge der Grund- und Gewerbesteuer, die die Geldgeber des Staats noch zu Krediten veranlaßten. Wenn nun die Aussicht auf diese Steuererträge nicht mehr vorhanden ist, wird auch bei den Geld-

gebern die Neigung zu weiterer Kreditgewährung nicht mehr vorhanden und infolgedessen für das Finanzministerium die Beschaffung der Deckungsmittel für das Defizit im Staatshaushaltsplan sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht sein.

Es wirft sich nun die Frage auf: Wie konnte die Regierung diesen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen? Das wäre möglich gewesen, wenn sich der Finanzminister bezug auf die Regierung über den von bürgerlicher Seite bei den Ausschussberatungen gestellten Minderungsanträgen gegenüber nicht so ohne weiteres ablehnend verhalten hätten. Wie bürgerliche Landtagsabgeordnete verhielten, konnte man sich nach dem vom Finanzminister Heldt eingenommenen Standpunkt und nach seinen letzten Erklärungen des Eindrucks nicht erwehren, als ob ein Teil der Regierungsmitglieder die Ablehnung der beiden Vorlagen geradezu provozieren und so eine Gelegenheit schaffen wollten, aus der ewigen Misere herauszukommen, in der sich die gegenwärtige Regierung infolge der schwachen, bekanntlich nur auf 2 Stimmen beruhenden Mehrheit und der Unzuverlässigkeit der einen Regierungspartei, der Kommunisten, beständig befindet. Jedenfalls wurde unter dem Eindruck der Ablehnung der beiden Regierungsvorlagen nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ganz unumwunden der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nunmehr doch sehr bald werde mit dem Rücktritt der Regierung und mit Neuwahlen für den tschechischen Landtag rechnen müssen.

Hierzu wird uns von anderer Stelle noch geschrieben:

Nach gewissen früheren Äußerungen des Ministers zu schließen, würde die Ablehnung der Vorlagen im Plenum mindestens zum Rücktritt des Finanzministers Heldt führen. Damit würde aber dem ganzen Kabinett die stärkste mehrheitspolitische Stütze fehlen. Die reichen Erfahrungen des Finanzministers, der schon vor der Revolution Minister war, könnte das gegenwärtige Kabinett kaum entbehren. Damit wäre dann also auch der Ministerpräsident mehr oder weniger gezwungen, den Rücktritt des gesamten Kabinetts anzufordern. Ob es soweit kommen wird, hängt davon ab, ob die Mehrheitssozialisten die Kommunisten so weit in der Hand haben, daß sie für diesen Fall ihre Opposition aufgeben. Fraglich bleibt schließlich noch, ob die Bürgerlichen im Plenum geschlossen gegen die Vorlage stimmen werden.

Am Freitag wird in der Fortsetzung des Landtages hierüber die Entscheidung fallen.

Ein schwerer Aufbruchfall.

Katibor, 25. Juli. In Dzierzowitz kam es heute nacht zu lebhaften Schießereien. In Birawa wurde ein Eisenbahnzug angehalten und die Gleise durch Waggonen gesperrt. Erst nach 1 1/2 Stunden konnte der Zug weiterfahren. Er wurde jedoch 1 Kilometer von Dzierzowitz erneut angehalten. Die Strecke bis Katibor-Hammer ist von den Polen besetzt.

Die Deutschen in Kauden haben heute mittag telegraphisch den Kreiskontrollleur in Katibor dringend um sofortige Hilfe gegen die polnischen Gewalttätigkeiten angefragt.

Im Kreis Rokitnitz sammeln sich große Scharen polnischer Insurgenten. Große Waffentransporte aus dem Kreis Rokitnitz und den Grenzdistrikten des Kreises Katibor werden von allen Seiten gemeldet und bestätigt. In Neubrun werden 3 Panzertüge mit sechs 10,5-Zentimeter-Geschützen von den Franzosen für die Polen ausgerüstet. In allen diesen Vorposten werden die Anzeichen für das unmittelbare bevorstehen eines vierten Polenaufstandes erblickt.

Weiter werden polnische Angriffe auf die Ortschaften im nördlichen Oberösterreich gemeldet. So wurde gestern Kosteletz (Kreis Rokitnitz) von polnischen Insurgenten überfallen. Die Polen stellten eine Mühle in Brand.

Berlin, 26. Juli. Zu dem Ueberfall polnischer Insurgenten auf die Bahnhöfe bei Dzierzowitz wird festgestellt, daß ein groß vorbereiteter Angriff der Polen auf Kofel und Birawa geplant war. Den Angreifern wurden 2 Maschinengewehre, 90 Gewehre und große Mengen Munition abgenommen.

Die Deutsche Reichsregierung hat am 26. Juli 1921 ein Schreiben an die polnische Regierung in Warschau geschickt, in dem sie die polnische Regierung aufgefordert hat, die in der Nacht vom 25. auf den 26. Juli 1921 in Dzierzowitz begangenen Verbrechen zu untersuchen und die Täter zu verfolgen.

Die hierhergehörenden Anzeigen sind zu übernehmen. In Ebingburg Scotch Whisky von geschriebener Schrift der Sursbank erbrach die Berem Vorsitzenden, Art, d. h. Mische von 25 Pfund einem Schenk werden konnte.

Zwiden

50 Sta. in Wk.

6 D. 650
ausgem. 600
lere 450-500

600
575
400-500

650
625

580-600
450-500
gering
300-400
von 3

700
600
400-500

625
550-600
300-400

Kreu-
1300-1350
1375-1400
1250
900-1100
1100-1300
Hob. Wotiz
1300-1400
1200-1300
550-700

die schließt
igen Spielen, wie
Hilfsgebäude, Um-
enthalten.)

Abteilung für
Kull
aus.
Sozialfürsorgeamt.

ader
nnen
Bahner.

ankhaus
einge,
Callnberg.

23,7
77,50
95,40
78,00
89,00
79,00
66,75
71,00
74,00
84,00
99,50
98,25
110,50
92,00
41,60
740
335,00
349,75
619,00
790,00
314,00
300,00
214,00
842,00
170,00
315,00
820,00

Ortel.
99,80
2442,45
281,80
341,25
1296,30
78,95
610,16
1018,05
1806,65
394,80
99,85
98,88
9,97
125,90

